Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Deutscher Leistungsbilanzüberschuss: Viel größer als offiziell ausgewiesen?
2. Arbeit neu denken und danach handeln
3. Höchster Jahreswert: Rente mit 63 immer beliebter
4. Auch viele Privatpatienten wollen eine Bürgerversicherung
5. Wie Panama von der schwarzen Liste verschwand
6. Verteilungsfrage könnte zurückgestellt werden
7. Neue Runde im »großen Spiel«
8. Willkommen in Absurdistan: Der türkische „Anti-Terrorkrieg", die Pseudokritik der Medien und die Erosion des Gewaltverbots
9. Herero-Aktivist: Israel Kaunatjike"Es geht um Respekt"
10. Steuerfahndersterben: So sieht die konservative Revolution aus!
11. Religion und Demografie: "Lasst uns wegkommen von Angst und Mythen"
12. Wie Framing unser politisches Denken beeinflusst
13. Bedrohte Ökosysteme: Das leise Sterben der Insekten
14. Wie die Jusos erfolglos versuchten, eine WDR-Reportage zum SPD-Parteitag zu beeinflussen
15. Zu guter Letzt: Was lief schief im Leben von Andrea Nahles?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Deutscher Leistungsbilanzüberschuss: Viel größer als offiziell ausgewiesen?**
   Statistische Ergebnisse sind bei weitem nicht so sicher, wie sie scheinen. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss könnte 2017 nach Zahlen, die von der Deutschen Bundesbank kommen, in realer Rechnung weit höher gewesen sein als vom Statistischen Bundesamt ausgewiesen – mit fatalen Konsequenzen für die Beurteilung der Rolle der Binnennachfrage beim Wachstum der deutschen Wirtschaft. Makroskop informiert exklusiv.
   Das Statistische Bundesamt hat vor einigen Tagen die ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für das Jahr 2017 veröffentlicht. Das Amt betonte bei der Vorstellung der Ergebnisse, dass der Aufschwung der deutschen

Wirtschaft (preisbereinigt +2,2%) nicht, wie viele Kritiker behaupten, in erster Linie vom Export getragen werde, sondern dass im vergangenen Jahr der Binnenmarkt, also Konsum und Investitionen, die wichtigsten Impulsgeber gewesen seien. Zwar seien die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen um 4,7 % höher gewesen als im Vorjahr. Die Importe hätten jedoch im gleichen Zeitraum stärker zugelegt (+ 5,2 %). „Der resultierende Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, trug rein rechnerisch +0,2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei." Das ist im Vergleich zum Gesamtwachstum nur ein kleiner Teil.
Wirft man parallel zu diesen Angaben einen Blick in die Statistik der Deutschen Bundesbank, kommen allerdings Zweifel auf. Die Bundesbank veröffentlicht nämlich ebenfalls Daten zum Außenhandel. Der preisbereinigte Saldo im außenwirtschaftlichen Warenhandel (also das um Preisänderungen bereinigte Volumen der Warenexporte minus das Volumen der Warenimporte) wird für die ersten drei Quartale des Jahres 2017 wesentlich höher angegeben als in den ersten drei Quartalen des Jahres 2016, nämlich jeweils um rund 21 Mrd. € höher (vgl. hier Seite 70). Auch die Monatswerte für Oktober und November in nominaler wie, soweit vorhanden, in realer Rechnung deuten darauf hin, dass der preisbereinigte Saldo auch im vierten Quartal 2017 den entsprechenden Wert vom Vorjahr in einer ähnlichen Größenordnung übertroffen haben dürfte. Wie passt das zu dem eher kleinen Wachstumsbeitrag, den das Statistische Bundesamt für den Außenbeitrag angibt?
Quelle: Makroskop

2. **Arbeit neu denken und danach handeln**
Mit der Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten ist es den Gewerkschaftern in der Metall-Tarifrunde das erste Mal seit langem wieder gelungen, als moderne Organisation wahrgenommen zu werden. Die Arbeitgeber stehen im Vergleich eher altbacken da.
Wer in den letzten Wochen die Berichte zum Tarifkonflikt in der Metall- und Elektroindustrie verfolgte, rieb sich verwundert die Augen. Bis in die Wirtschaftsteile der konservativen Blätter hinein überwog das Verständnis für den Versuch der IG Metall, eine Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter und junge Eltern durchzusetzen. Neben einer Lohnerhöhung verlangt die Gewerkschaft das Recht, für bis zu zwei Jahre höchstens 28 Stunden pro Woche zu arbeiten – um die Gesundheit zu schonen, um Angehörige zu pflegen oder Kinder zu versorgen.
Die Forderung kommt gut an, sie wirkt zeitgemäß, an den Problemen und Wünschen der Beschäftigten orientiert. Die Metaller haben Profil gewonnen als moderne Interessenvertretung, die offen ist für veränderte Einstellungen und Lebensstile.
Ganz anders präsentieren sich ihre Verhandlungspartner aus den Wirtschaftsverbänden. Die Arbeitgeber und ihre Organisationen bedienen in der

öffentlichen Debatte die Argumente von gestern und vorgestern. Stur und unbeweglich orientieren sie sich am alten Modell des (männlichen) Ernährerlohns. In den Verhandlungen können sie offenbar lediglich ein Ergebnis akzeptieren: mehr Geld als Ausgleich für mehr Arbeit.
Quelle: Gegenblende

3. **Höchster Jahreswert: Rente mit 63 immer beliebter**
Die deutsche Rentenversicherung hat im vergangenen Jahr einen Ansturm auf die Rente mit 63 Jahren registriert. Sie nahm so viele Anträge entgegen wie noch nie seit der Einführung im Jahr 2014.
Das Interesse an der Rente mit 63 wächst. Im vergangenen Jahr gingen bei der Deutschen Rentenversicherung 253.521 neue Anträge auf die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren ein, wie ein Sprecher mitteilte. Das sind 12.102 oder fünf Prozent Anträge mehr als im Jahr 2016. Der Sprecher der Rentenversicherung bestätigte damit einen Bericht der "Bild"-Zeitung. Die Zahl der Anträge im Jahr 2017 ist demnach der bisher höchste Jahreswert seit Einführung der Rente mit 63 im Jahr 2014. Insgesamt wurden 2017 rund 1,6 Millionen neue Rentenanträge gestellt. Darunter waren auch 355.500 Anträge auf die Regelaltersrente und 350.500 auf eine Erwerbsminderungsrente.
Quelle: Tagesschau
4. **Auch viele Privatpatienten wollen eine Bürgerversicherung**
Politisch keine Chance, doch die Ablehnung widerspricht offenbar dem Wählerwillen: Selbst bei Unterstützern von Union und FDP gibt es eine Mehrheit für die Bürgerversicherung.
Politisch ist das Dauerthema bereits vom Tisch. CDU und CSU haben den Sozialdemokraten in den Koalitionssondierungen unmissverständlich klargemacht, dass es mit ihnen auch diesmal keine Bürgerversicherung geben wird. Die SPD ringt zwar noch trotzig um kleinere Systemreformen, die sie ihren Anhängern wenigstens als Einstieg in den versprochenen Großumbau verkaufen könnte, wie etwa eine Angleichung der Ärztehonorare oder Wahlfreiheit für Beamte. Aber auch die Genossen machen sich nichts vor: In einer großen Koalition bleibt es bis auf weiteres beim umstrittenen Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung.
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Das Ergebnis der Befragung will ich gern glauben, auch viele Beamte oder gut Verdienende würden gern in die günstige GKV! Als GKV-Versicherter wird man in der Regel vernünftig versorgt, beim Zahnersatz gibt es m. E. allerdings Nachholbedarf, GKV-Versicherte hier sind vom medizinischen Fortschritt abgekoppelt, hier existiert eine echte Zwei-Klassen-Medizin! Das könnte*

man aber ohne Bürgerversicherung angehen!

Als SPD hätte ich das Thema Bürgerversicherung nicht aufgerufen. Am Ende wird es für GKV-Versicherte vermutlich teurer, weil Ärzte und Kliniken auf höhere Einnahmen der PKV-Versicherten nicht verzichten möchten. Dann wird die SPD wieder Prügel beziehen. Sie sollte in der GKV zunächst andere Dinge (Fehlentwicklungen, falsche Anreize) abarbeiten – Stichworte sind Über-, Unter- und Fehlversorgung sowie einen besseren Zahnersatz ohne massive Zuzahlungen. In der GKV gibt es finanziell noch Luft, damit könnte die medizinische Versorgung (Stichwort chronisch Kranke) verbessert werden.

Statt der Bürgerversicherung hätte die SPD andere große Themen aufrufen sollen, wie z. B. mehr Steuergerechtigkeit (höherer Spitzensteuersatz, Vermögenssteuer für Reiche, wirksame Erbschaftssteuer) zur Korrektor der Umverteilung von unten nach oben in den vergangenen Jahrzehnten. Ganz oben auf die Agenda gehört auch eine Aufwertung der gesetzlichen Rentenversicherung mit deutlich höheren Renten! Das wären – richtig kommuniziert – Signale für breite Massen.

dazu: Bürgerversicherung – Instrument der Sparpolitik?
Seit 2016 gilt nun für den Bundeshaushalt und ab 2020 für die Länderhaushalte die 2009 im Windschatten der damaligen Finanz-, Real- und Budgetkrise durchparlamentierte “Schuldenbremse”. Diese gebietet für die Haushalte von Bund und Ländern so genannte “strukturell ausgeglichene Haushalte” ohne Kreditverschuldung. Und an dieser Stelle wird die Bürgerversicherung interessant. Raffelhüschen und andere Ökonomen seiner Richtung verweisen darauf, dass es neben den expliziten Schulden von Staatshaushalten und Sozialversicherungsbudgets auch noch so genannte “implizite Schulden” gäbe, die bspw. aus den Gesundheits- und Altersversorgungsverpflichtungen von Bund und Ländern gegenüber ihren Beamten und Pensionären resultieren. Besonders dramatisch wirken sich hier das Zusammentreffen des Status der Beamten als Mitglieder der PKV mit den entsprechend höheren Honorarwerten der Arztbehandlung und der Mengen- und Preissteigerung in der Gesundheitsversorgung als Ausgabentreibsatz für die Länderhaushalte aus.
Da auf der Ebene der Länder die Beamtenkosten eine wesentlich bedeutendere Stellung innerhalb der öffentlichen Ausgaben innehaben als beim Bund, entsteht hier in Hinblick auf das Greifen der Schuldenbremse für die Länder im Jahre 2020 ein rasch wachsender Handlungsdruck. Es muss gespart werden, und zwar gerade bei den Gesundheitsausgaben für die Beamten und Pensionäre.
Hier macht nun die Bertelsmann-Stiftung eine tolle Rechnung auf: Wenn die Beamten

und Pensionäre ebenso wie alle anderen Arbeitnehmer in der GKV krankenversichert wären, könnten der Bund und die Länder bis zum Jahr 2030 etwa 60 Milliarden Euro Gesundheitskosten einsparen. Zusätzlich könnten wegen des höheren Entgeltniveaus und damit Beitragsaufkommens der Beamten auch noch die GKV-Beiträge etwas gesenkt werden – schön für die so genannten "Arbeitgeber". Denen würde damit die zusammensondierte Rückkehr zur Beitragsparität in der Gesetzlichen Krankenversicherung versüßt.
Quelle: Telepolis

5. **Wie Panama von der schwarzen Liste verschwand**
   Lediglich ein Brief genügte der EU, um das Land nicht mehr als Steueroase einzustufen.
   Gerade mal anderthalb Monate stand Panama auf der schwarzen Liste der Steueroasen. Noch Anfang Dezember bescheinigte die Europäische Union dem Land ein "schädliches Steuervergünstigungssystem". Das wollte die Regierung in Panama so nicht auf sich sitzen lassen und schickte kurz vor Weihnachten einen Brief nach Brüssel.
   Darin schrieb der Wirtschafts- und Finanzminister, Dulcidio De La Guardia, dass sein Land "voll verpflichtet" sei, die "Good-Governance-Standards zu erfüllen, die von der internationalen Gemeinschaft umgesetzt werden". Er verstehe, dass die bisherigen Briefe, die Panama an die EU geschickt habe, "nicht als ausreichend erachtet wurden". Unglücklicherweise sei sein Land deshalb auf der schwarzen Liste gelandet; dabei hätte sich alles "leicht klarstellen lassen" – und zwar "in einem konstruktiven Dialog im Geiste einer internationalen Zusammenarbeit". Und dann beklagte sich der Minister über die "sofortige negative wirtschaftliche Auswirkung", die dieser Schritt für Panama bedeutet habe. Deshalb sei es "sehr wichtig, so schnell wie möglich" wieder von der Liste zu kommen.
   Der Minister aus Panama beschreibt im Grunde nichts anderes als das Ziel, das sich die Europäische Union vorgenommen hatte. Die Staatengemeinschaft verspricht sich von der schwarzen Liste eine "Prangerwirkung" für die geächteten Länder. Im Fall jenes Landes, das den "Panama Papers" ihren Namen gab, ist es jedoch besonders bemerkenswert, wie einfach man wieder von der Liste verschwinden kann.
   Quelle: Süddeutsche
6. **Verteilungsfrage könnte zurückgestellt werden**
   Die Bundesregierung will die Frage nach der Verteilung von Flüchtlingen auf EU-Ebene zurückstellen. Bundesinnenminister de Maizière erhofft sich dadurch ein Vorankommen der Verhandlungen in anderen Punkten. Bis Ende Juni soll die Reform des europäischen Asylsystems stehen.

Im Streit um die Flüchtlingspolitik ist die Bundesregierung bereit, die Kernfrage der künftigen Verteilung von Flüchtlingen auf europäischer Ebene zurückzustellen. „Vielleicht ist es auch sinnvoll, dass wir uns zeitlich zunächst auf die anderen Themen konzentrieren, ohne dass wir den Zusammenhang aus dem Auge verlieren, dann gibt es vielleicht eher Fortschritte“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Donnerstag am Rande eines Treffens mit seinen EU-Amtskollegen in der bulgarischen Hauptstadt Sofia. (…)
Unterdessen forderte ein Bündnis von Verbänden und Organisationen die EU zu einer Kurskorrektur in der Flüchtlingspolitik auf. Der Flüchtlingsschutz dürfe nicht auf Drittstaaten außerhalb der EU verlagert werden, hieß es in einer Mitteilung, die unter anderem vom Paritätischen Gesamtverband, von Diakonie und Caritas, Pro Asyl und dem Jesuiten-Flüchtlingsdienst unterzeichnet war. „Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen, brauchen Schutz in Europa“, erklärte der Vorsitzende des federführenden Paritätischen Gesamtverbandes, Rolf Rosenbrock.
Quelle: Migazin

7. **Neue Runde im »großen Spiel«**
   Die lange angekündigte türkische Operation »Olivenzweig« mit ungewissen Fronten zeigt, dass der Krieg um Syrien noch lange nicht beendet ist
   Der Einmarsch der türkischen Armee im Norden Syriens war erwartet worden. Die Operation unter dem Namen »Olivenzweig« begann in den frühen Morgenstunden des 19. Januar 2018. Ziel des Angriffes ist das Gebiet um die Kleinstadt Afrin, die rund 40 Kilometer nordwestlich der syrischen Metropole Aleppo liegt.
   Unter dem Feuerschutz von in Deutschland produzierten »Leopard«-Panzern rückten Kampfverbände gegen Afrin vor, die von der Türkei und ihren Partnern am Golf und in der NATO bisher zu dem Zweck unterstützt worden waren, die syrische Führung zu stürzen, darunter auch die »Freie Syrische Armee«.
   Die Türkei gibt vor, aus Gründen der »Selbstverteidigung« anzugreifen. Die Bewaffnung der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) durch den NATO-Partner USA bedeute eine Gefahr für die türkische Nation. Washington hatte die kurdischen Kämpfer seit 2014 als Bodentruppe der US-geführten »Anti-IS-Koalition« trainiert und ausgerüstet. Ankara gehört dieser Koalition ebenfalls an. Nun, da der »Islamische Staat« weitgehend zerschlagen ist, wollen die Vereinigten Staaten aus den kurdisch dominierten »Syrischen Demokratischen Kräften« eine 30.000 Mann starke Grenzschutztruppe schmieden.
   Die Türkei sprach von einer »Terrorarmee«, deren Aufstellung verhindert werden müsse, und warnte die USA, deren Spezialeinheiten sollten sich angesichts der vorrückenden türkischen Soldaten von den Kurden fernhalten. Präsident Recep Tayyip Erdogan kündigte an, nach Afrin sei der östlich von Aleppo gelegene Ort Manbidsch

dran. »Nach und nach werden wir diese dreckigen Terroristen, die in unser Land eindringen wollen, verscheuchen. Beginnend im Westen und bis hin zur irakischen Grenze.«
Quelle: Karin Leukefeld in junge Welt

dazu: Who profits from the war in Afrin?
On the 19th of January, Turkey launched a military campaign into Afrin, one of the four Kurdish-controlled cantons in northern Syria. Afrin has long been a safe haven for internally displaced persons in Syria. The Democratic Autonomous administration in Afrin has also constructed a system based on direct democracy and gender equality. And while Afrin was always at the risk of an invasion since Turkish shelling began two years ago, never has a Turkish attack on Afrin been so explicit. The attack is officially called 'Operation Olive Branch', an unfortunate irony since with airstrikes and artillery attacks, the fertile olive gardens of Afrin are being destroyed.
There are many ways to approach Turkey's attacks on Afrin, here I will focus on the economic dimensions of the attack.
President Recep Tayyip Erdogan praised the distinctive nature of this military operation, particularly because it is being conducted with 'domestic and national' weapons. To reinforce this point, Turkish Prime Minister Binali Yildirim met with Turkish media owners in Istanbul a few days ago and presented a 15-point list as a guide to reporting, with one directive underlining the 'domestic and national' character of the operation. So, why it is so important to characterise the military invasion of Afrin as such for Erdogan and his followers?
Quelle: The Region

8. **Willkommen in Absurdistan: Der türkische „Anti-Terrorkrieg", die Pseudokritik der Medien und die Erosion des Gewaltverbots**
Die Vereinigten Staaten, die Europäer, die syrische Regierung und Russland wollen den IS bekämpfen. Die Kurden in der Region sind dabei der wichtigste Verbündete. Der Westen unterstützt die Kurden daher in ihrem Kampf. Der Nato-Partner Türkei bekämpft wiederum die Kurden, nun mit einer großangelegten Offensive in Syrien. Die USA, die Europäer oder die Russen klopfen Erdogan ein wenig auf die Finger, aber lassen ihn ansonsten gewähren, während sie die Kurden dem türkischen Militär überlassen. Willkommen im geopolitischen Absurdistan.
Es ist nicht das erste Mal, dass die Kurden von den USA und Großmächten instrumentalisiert und dann ihren Peinigern überlassen werden. Nach dem Motto: „Der Kurde hat seine Schuldigkeit getan. Der Kurde kann jetzt gehen". Diesmal ist es nicht der Irak oder der Iran, sondern die Türkei unter Erdogan. Der Regierung in

Ankara wird erlaubt, die Kurden gewaltsam zu vertreiben. Die „internationale Gemeinschaft“ gibt grünes Licht für den Aggressionsakt, setzt sich auf die Tribüne und schaut dem Spektakel zu, um gleichzeitig beim türkischen Panzervorrücken „Selbstverteidigung“ zu rufen.
Quelle: Kontext TV

9. **Herero-Aktivist: Israel Kaunatjike”Es geht um Respekt”**
Die deutsche Regierung ist vor einem New Yorker Bezirksgericht angeklagt: Vertreter der Herero und Nama wollen so erreichen, an Verhandlungen über den Genozid zu Kolonialzeiten beteiligt zu werden. Der Aktivist Israel Kaunatjike verfolgt jeden Prozesstag aufmerksam von Berlin aus.
Israel Kaunatjike steht in seinem Wohnzimmer vor der Stereoanlage. Das kurze Haar und der Bart sind ergraut, leise summt er mit, bewegt sich rhythmisch zur Musik: “Oh, krieg ich Gänsehaut.”
Für einen kurzen Moment schließt der 70-Jährige die Augen, lässt seine Faust in die Luft schnellen. “Winds of Change” – heißt der Song von Jackson Kaujeua, einer der großen namibischen Freiheitskämpfer.
In seinem Regal sind viele Erinnerungen an seine Heimat Namibia verstaut. Kaunatjike zieht ein weiteres Album heraus:
“Das ist der Samara Herero. Das war der, der Widerstand organisiert hat.”
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

dazu: Völkermord? Nicht zuständig
Vor einem Jahr haben die Nachfahren der Opfer des Genozids Klage in New York eingereicht. Die Bundesregierung ignoriert sie.
In der an Volten wahrlich nicht armen Geschichte der deutschen Auseinandersetzung mit dem kolonialen Genozid in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, steht dieser Tage eine für die Bundesrepublik Deutschland unangenehme Konfrontation an. Es geht um die Zulässigkeit der Klage, die Vertreter der betroffenen Volksgruppen Herero und Nama vor einem Jahr in New York gegen Deutschland einreichten.
Seit Herbst 2015 verhandelt Berlin mit der namibischen Regierung über eine Anerkennung des Völkermords, eine Entschuldigung und auch finanzielle Leistungen. Da sie sich nicht angemessen an den Gesprächen beteiligt sahen, verklagten Vertreter von Herero und Nama im Januar 2017 in New York die Bundesregierung auf eine offizielle Beteiligung an den Verhandlungen und auch auf Reparationen.
Um die Zulässigkeit dieser Klage zu prüfen, hat die zuständige Bezirksrichterin Laura Swain bereits drei Mal zu Anhörungen geladen. Offizielle Vertreter Deutschlands erschienen zu keinem dieser Termine. Deutschland verneint die Zuständigkeit des Gerichts, da es dem Grundsatz der Staatsimmunität widerspreche. Danach können

„hoheitliche“ Akte eines Staates nicht durch Gerichte eines anderen Staates überprüft werden, im vorliegenden Fall etwa die Taten deutscher Soldaten im Krieg.
Quelle: taz

10. **Steuerfahndersterben: So sieht die konservative Revolution aus!**
ach dem Schuster und dem Sattler jetzt auch noch der Steuerfahnder. Das Berufesterben geht weiter. Modernisierung? Aber sicher! Hier tickt die konservative Revolution schon lange: Sie schafft Schlupflöcher und Ausweichmöglichkeiten. Der Steuerfahnder ist doch bloß ein Modernisierungsverweigerer.
Kaum dass ein Unionsmann die Missgeschicke in Nordrhein-Westfalen lenkt, schon flüchten zwei Steuerfahnder des Bundeslandes in die Privatwirtschaft. Sie werden ihr Know-How auf der dunklen Seite der Macht zu verkaufen wissen. Wie man so versteckt, dass die Steuerfahndung im Dunkeln tappt: Sie werden es besser wissen als alle anderen. Wobei es wahrscheinlich gar keine Kunst mehr ist, Schwarzgelder zu verstecken. Dazu muss es ja Leute geben, die sie suchen. Und an denen mangelt es ja grundsätzlich in Deutschland. Ganz besonders in den Bundesländern, die von Unionsparteien regiert werden.
Quelle: #neulandrebellen
11. **Religion und Demografie: “Lasst uns wegkommen von Angst und Mythen”**
Mit einer Islamisierung Europas oder Deutschlands sei aus religionsdemografischer Sicht nicht zu rechnen, sagte der Religionswissenschaftler Michael Blume im Dlf. Bei Muslimen seien eine “massive Säkularisierung” und ein “massiver Geburtenrückgang” zu beobachten. […]
Main: Michael Blume, um den Stier bei den Hörnern zu packen: Werden Europa und Deutschland islamisiert – und zwar auf demographischem Weg?
Blume: Klare Antwort: Nein, das werden sie nicht. Es sind zwei Entwicklungen, die dagegen laufen. Die eine ist eine massive Säkularisierung. Nur noch eine Minderheit der Muslime in Europa betet überhaupt noch regelmäßig, geschweige denn fünfmal täglich. Und das zweite ist – auch damit verbunden, mit der Säkularisierung: ein massiver Geburtenrückgang unter Muslimen. Das betrifft Muslime in Europa. Aber auch zum Beispiel in der Türkei und im Iran sind die Geburtenraten bereits unter zwei gefallen. Also ganz ähnlich wie in konservativen Ländern wie in Griechenland, Japan oder Polen erleben wir das jetzt auch in der islamischen Welt, nämlich dass die alten Familienstrukturen nicht mehr tragen und die Geburtenraten massiv abstürzen.
Quelle: Deutschlandfunk
12. **Wie Framing unser politisches Denken beeinflusst**
Flüchtlingswelle, Anpatzen, saubere Politik. Das sind Beispiele für gezielte politische Sprachbilder, sogenannte Frames. Sie machen – oft in Kombination mit Metaphern –

komplexe Sachverhalte für unser Gehirn leichter denkbar. In der politischen Kommunikation werden sie dazu genutzt, unsere Meinung in eine gewisse Richtung zu lenken.
Frames (Deutungsrahmen) sind weder gut noch schlecht, unser Gehirn schafft sich diese Deutungsrahmen, um Sprache verständlich zu machen. Das heißt, hinter Wörtern steckt mehr als man anfangs vermutet, sie sind semantische Wundertüten. Die Frame-Semantik besagt, dass alles was wir uns an Weltwissen angeeignet haben zu einer Idee wird, die wir beim Lesen eines Wortes abrufen. Wenn man beispielsweise das Wort Vogel liest, greift unser Hirn automatisch auf unsere Assoziationen mit diesem Wort zurück. Wir denken also nicht das abstrakte Wort, sondern an das, was unser Hirn gelernt hat, damit zu verbinden: Flügel, Schnabel, Federn. Wir begreifen also Sprache anhand von unserem abgespeicherten Wissen. Doch nicht nur das, wir verstehen Wörter auch dadurch, dass unser Hirn linguistische Reize so verarbeitet, als wären sie real.
Quelle: Kontrast.at

13. **Bedrohte Ökosysteme: Das leise Sterben der Insekten**
In den vergangenen 27 Jahren sind laut einer Studie 75 Prozent der fliegenden Insekten in Deutschland verschwunden. Und ohne ein radikales Umdenken in der Landwirtschaft könnten schon in zehn Jahren auch die restlichen Bienen, Hummeln und Libellen ausgerottet sein.
Bienen, Hummeln, Libellen, Köcherfliegen, Schmetterlinge, Ohrwürmer, Heuschrecken – 90 Prozent der Tierarten weltweit sind Insekten. Fast eine Million Arten kennt die Wissenschaft und rechnet mit vielen Millionen mehr, die bislang noch unentdeckt in tropischen Regenwäldern leben. Dort gehören zu jeder Baumart 600 Insektenarten, die nur auf diesem und keinem anderen Baum leben.
In Deutschland leben etwa 100 verschiedene Säugetier-, aber 33.000 Insektenarten, etwa 9400 Hautflügler, also Wespen, Bienen, Ameisen und Hornissen, 9500 Zweiflügler, also Fliegen und Mücken, 6500 Käfer und etwa 3600 Schmetterlingsarten. Menschen gibt es seit zwei Millionen Jahren auf der Erde, Insekten seit 500 Millionen. Sie haben bis auf die Ozeane alle Lebensräume erobert, sogar die Antarktis.
Quelle: Deutschlandfunk Kultur
14. **Wie die Jusos erfolglos versuchten, eine WDR-Reportage zum SPD-Parteitag zu beeinflussen**
#WDR360 ist ein junges Reportage-Format, das der ARD-Sender ausschließlich für das Internet produziert. Für Irritationen sorgte jetzt eine Ausgabe mit einem Film über den zurückliegenden SPD-Parteitag. Der Reporter erklärt zu Beginn des Films, dass die Jusos den Beitrag beeinflussen wollten. Was steckt dahinter? […]
Die Passage mit der Bundesbüro-Mitarbeiterin hätte man von Seiten der Jusos gerne

draußen gesehen. Auf MEEDIA-Nachfrage erklärt die Juso-Pressestelle: „Wir Jusos treten für die Freiheit der Presse ein. Es liegt uns fern, die Ausstrahlung eines Beitrags zu unterbinden oder den Inhalt zu beeinflussen. Wir haben uns an die Redaktion gewendet, weil im Beitrag eine Mitarbeiterin vorkommt, mit der die Verwendung im Vorfeld nicht abgesprochen war. Es handelt sich um eine Mitarbeiterin ohne politisches Amt oder Mandat. Es ging uns darum, die Kollegin zu schützen, die nichts davon wusste, dass dieses Material in einem Beitrag verwendet wird."
Wobei die Mitarbeiterin im Film klar erkennbar vor einer Kamera zu einem Reporter spricht. Dass eine solche Aussage für ein journalistisches Format verwendet wird, hätte man sich also durchaus denken können.
Der WDR ließ die Passage im Film. Zurecht. Die Praxis des Mandate-Tauschs ist ja auch durchaus interessant und gewiss nicht jedem Zuschauer geläufig. Brisanz erhält das Thema im aktuellen Fall, da die Abstimmung, ob die SPD in Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU eintritt mit 56% Ja-Stimmen tatsächlich denkbar knapp war.
Quelle: meedia

15. **Zu guter Letzt: Was lief schief im Leben von Andrea Nahles?**
Andrea Nahles leidet an einer Schrei-Pöbel-Dysfunktion, kurz: SPD. Wie kam es dazu? Ein Blick in die Kindheit verrät mehr.
Quelle: YouTube

Anmerkung Albrecht Müller: *Was mir hier aufgestoßen war, fiel auch anderen auf. Hier extra 3.*